VAdM–Kurier

62. Ausgabe: Januar 2025
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur

62. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ Januar 2025

Inhalt:

editorial	Seite	1
Aktualität	Seite	2
BdV: Eloge des Wahlprogramms der Union	Seite	2
Politische Einmischung aus Deutschaland	Seite	3
Presseschau: Wagenknecht und die Stasiopfer	Seite	4
Geschichte kontrovers	Seite	5
Die Beneš–Dekrete (Teil 5): Tschechen: Mit christlicher Moral	Seite	3
Buchvorstellung	Seite	7
Vertreibung : Verjagt oder zu Tode geschunden	Seite	7
Erinnern	Seite	8
Verschleppung nach Rußland	Seite	8
Vor 80 Jahren: Die Evakuierung der Deutschen aus Nordsiebenbürgen (Teil 3)	Seite	11
Kriegsursachen 1914: Die Annexionskrise 1908	Seite	13
Temeswar: Revolution 1989 (Teil 3)	Seite	16
Leserbrief	Seite	19
Literatur aus dem Osten/Impressum	Seite	20

Buchumschlag zur Revolution in Temeswar (S. 16)
Katholische Kirche im Banater Wariasch

editorial

Unmittelbar nach seiner Amtseinführung hat Donald Trump, wie in seiner Antrittsrede angekündigt, einige einschneidende Dekrete mit seiner unverwechselbaren Unterschrift versehen. Eines der sicherlich entscheidendsten Erlasse ist die Kontrolle der US-Grenze zu Mexiko: Am Folgetag wurde offensichtlich ernstgemacht und versucht, die Grenze zu Mexiko dicht zu machen.

In dem schwerfälligen deutschen Politikgeflecht sind solche prompten Maßnahmen kaum zu erwarten: Es wird alles wieder zerredet. Dabei wäre schon viel geholfen, wenn nicht nur im Asylbereich die vorhandenen Gesetzesmöglichkeiten ausgeschöpft würden.

Der mit unzureichenden finanziellen Mittel ausgestattete Härtefallfond-Fond hat, wie zu erwarten war, den Betroffenen wenig gebracht. Eine Novellierung des Fremdrentengesetzes ist bitter nötig: Die Rentenkürzungen für Aussiedler und Spätaussiedler über 40% sowie die Deckelung der Entgeltpunkte muß endlich beendet werden.

Martina Kempf *Herbert Karl*

Ich bin ein Kind des Friedens und will Friede halten für und für mit der ganzen Welt, da ich ihn einmal mit mir selbst geschlossen habe.

Aktualität

Der Bund der Vertriebenen: Eloge an das Wahlprogramm der Union

Der Wahlkampf 2025 hat auch den Bund der Vertriebenen (BdV) erreicht: Das Wahlprogramm von CDU/CSU wird in den höchsten Tönen gelobt.

„Begrenzung der Migration, Steuersenkungen, Rückabwicklung des Bürgergeldes. Mit einem konservativeren und wirtschaftsliberaleren Programm als in der Vergangenheit . . .“ wird das *neue* (sic!) Wahlprogramm der Union über den grünen Klee in der Presse der Landsmannschaften gefeiert (Hier: „BdV würdigt Wahlprogramm der Union“, Banater Post vom 20. Januar 2025, S. 1)

Zudem habe sich die Union „im gesellschaftspolitischen und im Bereich der Erinnerungspolitik“ den Heimatvertriebenen und Aussiedlern zugewendet.

Migration: In diesem Bereich Einwanderungspolitik hatte Merkel ihr politisches Meisterstück abgeliefert: Aus der Union hatte sich kein nennenswerter Widerstand gezeigt. Über die mit ihrer grenzenlosen Bevorzugung der neuen Einwanderer hatte die Union auch die Belange der deutschen Vertriebenen vollkommen vergessen. Jetzt im Wahlkampf hat man letztere wiederentdeckt: So geht *Populismus*.

Steuersenkungen: Auch davon war in der Ära Merkel nichts zu merken: An die sogenannte *kalte Steuerprogression* hat auch sie sich nicht herangewagt. Der Begriff Steuersenkung ist auch dem *Populismus* zuzuordnen und hat mit den Interessen der Heimatvertriebenen nur am Rande zu tun. Wer aber Steuern senken will, muß in erster Linie sagen, wo auf der Ausgabenseite zu sparen wäre: Und hier gäbe es einige Haushaltsposten: Radikaler stufenmäßiger Subventionsabbau in allen Bereichen innerhalb von *fünf* Jahren, Reduzierung der EU-Beiträge, offene und versteckte Migrationskosten, Abbau der Zuwendungen aus dem überhand nehmenden Ausgaben für Gender- und Gleichstellungsbeauftragten bis hin zu der Unterstützung von unnötigen NGOs.

Gespart wurde hingegen bei den Renten der Aussiedler und Spätaussiedler: Das von Helmut Kohl eingeführte Fremdrentengesetz (FRG) wurde in über 30 Jahren Unionsregierungen *nicht* korrigiert; nach wie vor bekommen diese auf ihren Rentenzetteln 40 % abgezogen: Wofür gibt es hier einen Aussiedlerbeauftragten?

Daß sich die sogenannte Härtefallregelung, einer mit großem Getöse angekündigten *populistischen* Entscheidung, als absoluter Flop erwiesen hat, mußte sich seit einem Jahr auch der BdV eingestehen: Dagegen gab es seitens der Union *keinen* ernsten Widerstand! Von einem Alternativvorschlag mal ganz zu schweigen.

Bürgergeld: Auch hier gab es aus den Unionsreihen keinen real zu nehmenden Widerstand. Die von der erwähnten Rentenkürzung betroffenen Vertriebenen und Aussiedler profitieren im Geringsten von dieser Klientelpolitik der abgeschalteten „Ampel“. Entsprechend ist hier die die obige Erwähnung des Bürgergeldes reinster *Populismus*.

Daß Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler als Stimmvieh mißbraucht wurden, hat uns das CDU-Urgestein Konrad Adenauer vorgemacht: Die Partei *Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)* wurde in den 1950-ern dadurch einverleibt, indem man deren Führungspersonal auf aussichtsreiche Unionslisten hievte . . .

Wenn es dann weiter unten heißt, „Das Tor für Spätaussiedler nach Deutschland offen halten“ ist dies erneut reinster *Populismus*. Als sich die Aussiedlerzahlen in den 1990-gern schlagartig erhöhten, hat man in der Kohl Ära, wie erwähnt, das FRG eingeführt. Die Hilfen zur Selbsthilfe, wie beispielsweise die Errichtung einer autonomen Wolgaregion wurden von der Unionsregierung nicht nachhaltig verfolgt, so ist es nun nur recht und billig, die noch Verbliebenen und Ausreisewilligen zu unterstützen und die vorsätzlich aufgebauten bürokratischen Hürden des Spätaussiedlerstatus‘ abzubauen.

Das Beispiel des von der Union aufgesaugten BHE sollte den BdV-Funktionären ein Beispiel sein, sich nicht für ein Linsengericht in die Unionsfalle zu begeben und eine wirklich effektive Klientelpolitik zu betreiben.

Herbert Karl

Politische Einmischung aus Deutschland

AKTUELLES

Von Uta Estner (Rechtsassessorin)
17. Jan. 2025

Als im Salzkammergut lebende Deutsche schäme ich mich für den peinlichen Auftritt von Olaf Scholz gegen die Politik in Österreich. Wer trotz (oder „dank") aufrechter Gesinnung gerade selbst sein Land gegen die Wand gefahren hat, sollte eher schweigen:

Als Erster Bürgermeister von Hamburg gab Herr Scholz im „Cum Ex"-Skandal als Zeuge ein äußerst umstrittenes Bild ab – und gegen EU-Kommissionspräsidenten von der Leyen wurde ein Verfahren wegen Veruntreuung von Milliarden eingeleitet.

Die deutsche Politik zeichnet sich durch Widersprüchlichkeit und mangelnde Selbstkritik aus.

Man gibt sich judenfreundlich, unterstützt jedoch deren erbittertste Feinde. Wer kritisiert, ist ein „Nazi". Scholz erlaubte DITIB, obwohl die muslimische Einstellung zu Juden (z. B. „Al Gharqad") bekannt ist.

Die deutsche Ampel pocht rundum auf Pressefreiheit, fütterte jedoch die Medien mit Millionenbeträgen mundtot und sorgte so für angepaßte, linkslastige Berichterstattung, Haß und Hetze gegen Nonkonformisten inkludiert. Man schimpft über Elon Musks Einmischung, tut jedoch dasselbe.

Die regierungstreue „Antifa" geht ähnlich wie einst die „SA" äußerst brutal gegen Systemkritiker vor. Meldestellen werden das Anschwärzen politischer Gegner künftig erleichtern, zur Krisenbewältigung sind Eingreiftruppen angedacht.

Solche Pläne überfliegen dann Staatsgrenzen, um auch anderswo zu gedeihen. Mediensteuerung, Ausgrenzung Andersdenkender, Kriegseifer schaden der Demokratie, das Wort „Nazi" hat Sprache und politische Kultur geprägt.

Vielleicht ist ja das, was die angeblich „Gerechten" den „Rechten" so leichtfertig unterstellen, auch ihnen selbst immanent? Warum halten sie die braune Suppe so manisch am Köcheln?

„Honni soit qui mal y pense" (Selbst ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt).

Quelle: https://christlichesforum.info/politische-einmischung-aus-deutschland/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=die-letzten-newsletter-total-beitrage-unseres-blogs_1

Trump kündigt „große Sache" an: Was von der Freigabe der Kennedy-Akten erwartet wird
Kurzmeldung vom 24. Januar 2025

Donald Trump will die Akten zu den Ermordungen von John F. Kennedy, Robert F. Kennedy und Martin Luther King freigeben. Über den Inhalt gibt es viele Theorien.

Washington, D.C. – Präsident Donald Trump ordnete am Donnerstag die Freigabe von Unterlagen im Zusammenhang mit den Morden an Präsident John F. Kennedy, dem ehemaligen US-Senator Robert F. Kennedy und dem Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. an. „Das ist eine große Sache, oder?", sagte er, während er den Befehl im Oval Office unterzeichnete.

Trump ordnet Freigabe von Kennedy-Akten an – „Volk verdient Transparenz und Wahrheit"

Seit Jahrzehnten faszinieren die Akten Historiker, Journalisten und Politiker – auch Trump, der in seiner ersten Amtszeit versprochen hatte, die Unterlagen zur Ermordung von John F. Kennedy freizugeben. Im Jahr 2017 gab er 2.800 Akten frei, verzögerte jedoch die Freigabe der am meisten erwarteten Dokumente der Untersuchung – unter Berufung auf nationale Sicherheitsbedenken.

Im Jahr 2018 genehmigte Trump die Offenlegung von etwa 19.000 Dokumenten, und im Jahr 2022 gab Präsident Joe Biden eine weitere Fülle von Dokumenten frei, von denen viele jedoch weiterhin zensiert sind. In der Verordnung schrieb Trump zu den drei Attentaten: „Ihre Familien und das amerikanische Volk verdienen Transparenz und Wahrheit." [. . .]:

Der ganze Artikel unter: https://www.fr.de/politik/donald-trump-ordnet-freigabe-der-john-f-kennedy-akten-an-zr-93533179.html

Wo bleibt Wagenknechts Entschuldigung bei den Stasi-Opfern der „DDR"?

(red). In der Zeitung „Stacheldraht", Ausgabe September 2024, gab es einen interessanten Artikel über die Folgen von Zersetzung durch die Stasi für die psychische Gesundheit von Betroffenen. Erstmals wissenschaftlich aufgearbeitet von Autoren der Klinik für psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Rostock. Es ging dabei noch nicht einmal um die, die aus politischen Gründen rechtswidrig in den Stasi-Gefängnissen inhaftiert waren, sondern um die, die subkutan vorher bereits „zersetzt" wurden.

Zielgerichtet nachzulesen in der Stasiakte „Richtlinie 1/76". Dort ist zu lesen, wie man gezielt Menschen vernichtet. Es handelt sich dabei um Tausende von Opfern, um die sich heute kaum jemand kümmert. Aber sie leiden häufig genug lebenslang in Form von Angststörungen, depressiven Störungen, Schlafproblemen, Gefühl von Wertlosigkeit, Konzentrationsschwierigkeiten und vielem anderen mehr. Wer es einmal selbst erlebt hat, dass durch gezielte Stasimethoden, durch Intrigen die eigene Familie zerstört, die berufliche Laufbahn zerstört, die Post kontrolliert wird, man abgehört wird, regelmäßig „Hausbesuche" durch Stasi-Schergen erfolgen, Reiseverbote erteilt werden oder man wegen vermeintlicher nie erfolgter Straftaten kriminalisiert, öffentlich an den Pranger gestellt wird, der kann vielleicht dumpf erahnen, welche unglaublichen Auswirkungen diese Zersetzungsstrategie auf Menschen hat. Dies in einem Land, in dem sie sich nicht wehren konnten, weil es kein Rechtsstaat war, sondern eine Diktatur.

DDR für Wagenknecht das „menschlichere Deutschland"

Die langjährige Chefin der Kommunistischen Plattform innerhalb der SED-Linkspartei, heutige Vorsitzende des BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht), nach wie vor sozialistisch-kommunistisch geprägt, hat in unterschiedlichsten Interviews und Schriften immer wieder ihre enge Verbundenheit zur DDR formuliert. Wie sagte sie doch einst? Die DDR sei das „friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer Geschichte bisher geschaffen haben". Die DDR, so Wagenknecht weiter, sei das friedlichere und menschlichere Deutschland, und sie erklärte, dass sie den Begriff Diktatur für die DDR als unangemessen halte.

Gespräch mit Zeitzeugen hilfreich?

Vielleicht sollte sich Wagenknecht einmal mit denjenigen, so sie denn noch leben, unterhalten, die genau diese Zersetzungsmethode am eigenen Leib erleben mussten. Vielleicht sollte sie sich einmal mit denen unterhalten, die in den Stasi-Gefängnissen, ob im Frauenzuchthaus, im Jugendknast oder in Berlin-Hohenschönhausen, um nur einige wenige zu nennen, illegal eingekerkert wurden, deren Familien zerstört wurden, nur weil sie politisch anderer Auffassung waren. Sie wurden gefoltert, als medizinische Versuchskaninchen missbraucht. Wenn Wagenknecht einen Funken Anstand hätte, würde sie sich im direkten Gespräch mit Betroffenen entschuldigen für die wahrheitswidrige Verherrlichung einer kommunistischen Diktatur wie der DDR mit Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Stasi-Geheimdienst, der ähnlich perfekt entwickelt war wie die Gestapo (die Geheime Staatspolizei) zu Zeiten der Hitler-Diktatur.

Versagen der Medien

Statt Wagenknecht konsequent mit ihrer politischen Vergangenheit zu konfrontieren und sie medial zu zwingen, Farbe zu bekennen und sich zu distanzieren, was das Mindeste wäre, schreibt man sie medial hoch mit dem Ergebnis, dass sie in drei ostdeutschen Bundesländern nach kurzer Parteigründung bereits im Landtag sitzt. Eine kritische Berichterstattung über die Wagenknecht-Partei, in deren Spitze viele Vertreter der SED-Linkspartei sitzen, wäre sachlich angebracht gewesen. Stattdessen wurde sie hofiert, in Talkshows eingeladen und regelrecht verherrlicht. Man kann unschwer daran erkennen, welche verheerende Rolle Medien dann spielen können, wenn sie ihrer eigentlichen Aufgabe der objektiven Berichterstattung nicht nachkommen.

Wetzlar-Kurier, Jan. 2025, S. 13

Die Beneš–Dekrete: **TSCHECHEN: Mit christlicher Moral**

Teil 5

DER SPIEGEL 28/1950
12.07.1950

Volkspolizei und tschechoslowakisches Sicherheitskorps standen vom sächsischen Bahnhof Pirna bis zum Prager Wilson-Bahnhof vorsorglich Spalier, als Walter Ulbricht und seine Genossen nach Prag fuhren, die Vertreibung der Sudetendeutschen als »vertragsgemäß, gerecht und unabänderlich« zu besiegeln. Denn im Grenzland der sächsisch-böhmischen Waldungen und des Elbsandsteingebirges haben sich ostdeutscher und national-tschechischer Widerstand untergründig zusammengefunden. Zuweilen wird scharf geschossen.

So schloß denn Walter Ulbricht außer dem für die Öffentlichkeit gedachten Kultura-Vertrag im Czerninpalais noch ein Geheimabkommen im Bebka-Gebäude, das gemeinsames Vorgehen der ostdeutschen und tschechischen Regierung gegen die »Staatsfeinde« vorsieht. Ein gemeinsamer Operationsstab mit Sitz im böhmischen Verkehrsknoten Kolin soll gebildet werden.

Lange Zeit hat es gedauert, ehe ein Nachkriegsgespräch zwischen Deutschen und Nationaltschechen auch westlich des Eisernen Vorhangs in Gang kam. Und auch heute noch stehen die Sudetendeutschen selbst dem Tschechen-General Lev Prchala, der schon 1945 gegen ihre Austreibung protestierte, reserviert gegenüber: »Den Prchala-Tschechen geht es um die Basis, die ihnen die paar tausend Exiltschechen nicht geben, die Millionen Vertriebenen aber leicht schaffen könnten.«

Ziemlich genau fünf Jahre, bevor Walter Ulbricht in Prag war, hatte Lev Prchala schon so deutlich gegen die Deutschenjagden in seiner Heimat protestiert, wie es damals, im Juni 1945, noch kaum jemand tat: »Wir protestieren feierlichst vor der gesamten zivilisierten Welt gegen alle an den Deutschen begangenen Verbrechen, wie gegen die Massenaustreibung aus den böhmischen Ländern überhaupt, da eine Kollektivbestrafung sich nicht mit christlicher Moral verträgt.« In einigen tausend UNNRA-Büchsen, die in die Tschechoslowakei geschmuggelt wurden, fanden erstaunte Tschechen Prchalas Botschaft.

Das war um die Zeit, als Dr. Edvard Beneš mit seinen Anhängern die Sudetendeutschen unter größten Scheußlichkeiten vertrieb. (Heute sitzen diese Anhänger, von den Kommunisten ihrerseits vertrieben, in IRO-Lagern in Deutschland).

General Lev Prchala ist nicht erst unter dem Zwang der Nachkriegsverhältnisse zum Deutschenfreund geworden. Schon als Befehlshaber des slowakischen Militärbezirks Kaschau unter Thomas Masaryk, heißt es heute bei seinen Leuten, habe er große Sympathien bei allen Soldaten seines Bereichs gehabt. Das waren die Deutschböhmen, die damals zur zweijährigen Wehrdienstzeit hauptsächlich in die Slowakei geschickt wurden.

Staatsgründer Thomas Masaryk hatte Lev Prchala zum Armeegeneral gemacht. Ursprünglich wollte der Bergarbeitersohn aus Schlesisch-Ostrau nach seinem Wiener Jurastudium zum k. u. k. Militärjustizdienst gehen. Aber dann landete er beim SMG (Jahrgang 92). Mit Mann und Roß und Wagen ging die Abteilung Prchala über ein Kriegsgefangenenlager des Zaren zur tschechoslowakischen Rußlandlegion. Als die Legion 1918/19 um ihr Beutegut kämpfte*), machte Prchala als Oberst mit. Es wurde ihm von den Interventions-Briten mit dem großen Halsorden »Distinguished Service Order« gelohnt.

In den Monaten der Tschechenkrise 1938 hätte Lev Prchala zu gerne gegen Hitler gekämpft. Aber Beneš, von den Westmächten in München im Stich gelassen, wollte nicht. Erst als Hitler das Protektorat schon errichtet und die Slowakei sich unter Tiso selbständig gemacht hatte, bekam Lev Prchala seinen Krieg. Er war Mitglied der karpato-ukrainischen Landesregierung, als die Ungarn sich diesen vergessenen Zipfel der tschechoslowakischen Erbmasse mit Gewalt einverleibten. Prchala floh via Polen, Rußland, Balkan, Vorderer Orient und Frankreich nach London. 1940 kam er dort an.

Aber da saß schon Edvard Beneš, 1938 aus Prag geflohen, mit einem Emigrantenkomitee. Während der Luftschlacht um England mußten sich Londons Zivilrichter mit der Verleumdungsklage des Lev Prchala gegen den Edvard Beneš befassen. Der Kläger bekam Recht. Am Tage, da Stalinfreund Beneš (er starb 1948) seine im Troß der 2. Ukrainischen Armee in die Tschechoslowakei eingefahrene Regierung ernannte, gründete Lev Prchala in London den »Tschechischen Nationalausschuß« (Cesky Narodni Vybor = CNV).

»Nicht als Partei oder Bewegung gedacht«, vereinigt er als Dachorganisation eine Jugendgruppe und vier parteiähnliche Gebilde. »Diese Gebilde haben nur provisorischen Charakter, da der CNV zu realistisch ist, um die Parteispielereien der Emigranten bis in die letzten, komisch wirkenden Konsequenzen mitzumachen.« Dafür wird »Reparaturarbeit an dem geleistet, was Beneš faktisch und moralisch zerschlagen hat.«

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

*) Nach der Oktoberrevolution 1917 begannen die in Rußland stehenden tschechoslowakischen Legionen (die noch unter Kerenski am Kampf gegen die Mittelmächte teilgenommen hatten) ihren als »Anabasis« bezeichneten Marsch quer durch Sibirien nach Wladiwostok. Die Rote Armee machte ihnen dabei das Beutegut streitig, das in Lastzügen auf der transsibirischen Bahn mitgeführt und ständig vermehrt wurde. Kurz vor Wladiwostok hätten die Legionen ihr Beutegut verloren, wenn sie es nicht gegen den bislang von ihnen beschützten weißrussischen Admiral Koltschak eingetauscht hätten. Per Schiff wurde das Beutegut heimbefördert und damit die »Bank der tschechoslowakischen Legionen (Legiobanka)« gegründet, für die in Prag ein prächtiges Gebäude errichtet worden ist. In Süddeutschland hat Lev Prchala seine Verbindungsleute sitzen. »Das Vorfeld, auf dem wir uns politisch bewegen müssen, ist Deutschland. Hier sitzen die mit den Prchala-Leuten »durch Mentalität und Schicksal vereinten« Sudetendeutschen. Rudolf Brzobohaty und Dr. Rudolf Wierer, Erlangen, Luitpoldstraße 15, erhielten diplomatisch-politische Prchala-Missionen.

In der sogenannten Adventserklärung von Eichstätt (27. 11. 1949) wurde von den »Sprechern der Sudetendeutschen« eine erste Zusammenarbeitsbasis geschaffen: »Die Völker hinter dem Eisernen Vorhang sollen wissen, daß die Wiederherstellung ihrer eigenen Rechte und Freiheiten unlösbar mit der Anerkennung des Heimatrechts aller Vertriebenen verbunden ist. Wir wünschen nicht, daß der Vormarsch dieser Einsicht durch Kollektivbeschuldigungen gegen das tschechische und polnische Volk gehemmt wird.« Wenzel Jaksch (Sozialdemokratie), Hans Schütz (Bund der Landwirte), Walter Zawadil (Christlichsoziale) und Walter Brand (ehemaliger Henlein-Abgeordneter) unterschrieben.

Die Antwort kam prompt. Schon am 1. Dezember forderten die Prchala-Tschechen, den in einem bayerischen DP-Lager sitzenden Tschechen Frantisek Kroupa, der des Mordes an Sudetendeutschen verdächtig ist, vor ein Gericht zu stellen. Seit 1948 sind 24000 Tschechen emigriert. Lev Prchala hat keinen leichten Stand mit ihnen. Konsequent muß er sich »gegen die heute im Exil lebenden Tschechen« wenden, »die in den Jahren 1945 bis 1948 dem Dr. Beneš geholfen haben, die CSR zu bolschewisieren.«

Diese Tschechen stellen sich ohnehin lieber hinter den »Rat der Freien Tschechoslowakei«, der im Juli 1949 von dem Prager Beneš-Oberbürgermeister Dr. Zenkl und dem Beneš-Hausjournalisten Dr. Ripka in Washington gegründet wurde. Zwischen Prchala- und Benesch-Tschechen kommt es zuweilen zu Zusammenstößen. Im Tschechenlager »Valka« ("Krieg") auf Nürnbergs einstigem Reichsparteigelände gab es kürzlich bei einem Handgemenge zwei Tote und dreißig Verletzte.

Eine wichtige Rolle bei diesen Differenzen spielt Lev Prchalas völlige Absage an die Tschechoslowakei. Beim Föderalisten-Kongreß im April 1950 in Freiburg ließen seine Leute die zusammen mit allen übrigen Teilnehmerfahnen gehißte Tschechenfahne herunterholen. Dabei flatterte dort gar nicht die rote Fahne Gottwalds, sondern die weiß-rote mit dem blauen Dreieck der Masaryk-Beneš.

»Wir fordern die Einholung der tschechoslowakischen Fahne, weil wir von unserem Standpunkt als Föderalisten eine Neuordnung Osteuropas im Sinne von Herrn Beneš ablehnen«, hieß es dazu. Lev Prchala geht es nur um Böhmen und Mähren allein, ohne Slowakei und Karpato-Ukraine. Die Prchala-Leute nennen sich auch nur noch Tschechen, nicht Tschechoslowaken. Zu deutsch heißt Tscheche Böhme.

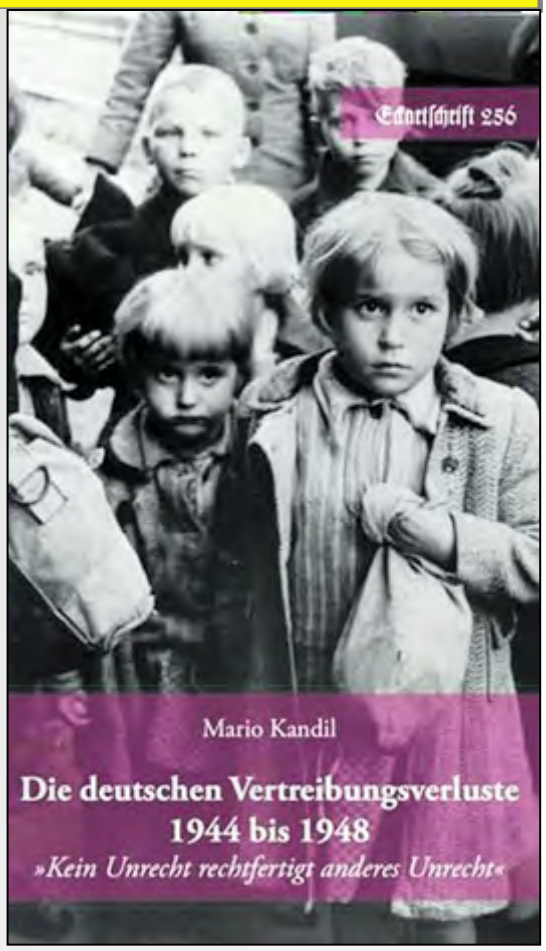
Quelle: https://www.spiegel.de/politik/mit-christlicher-moral-a-4554d033-0002-0001-0000-000044448924

Lev Prchala:

„Nach 1945 kehrte er nicht mehr in seine Heimat zurück. Lev Prchala setzte sich für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Tschechen ein. So war er 1950 einer der Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens und 1958 erster Preisträger des Europäischen Karlspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft.“ *(Bild und Text: Wikipedia)*

Buchvorstellung

Mario Kandil: „Die deutschen Vertreibungsverluste 1944 bis 1948. ‚Kein Unrecht rechtfertigt anderes Unrecht'", (Eckartschrift 256), Österreichische Landsmannschaft, Wien 2024, 112 Seiten, broschiert, 11,50 Euro



Vertreibung
Verjagt oder zu Tode geschunden

Der Historiker Mario Kandil listet in seiner aktuellen Publikation die Zahl der deutschen Opfer eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte auf

Wolfgang Kaufmann

13.08.2024

Die Vertreibung der Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten, mit der eine mehr als 700 Jahre bestehende kulturelle Tradition ausgelöscht wurde, zählt zu den größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Das ergibt sich aus der Zahl der Betroffenen beziehungsweise Opfer, die der Historiker Mario Kandil in seiner Schrift „Die deutschen Vertreibungsverluste 1944 bis 1948" präsentiert.

Kandil zufolge mußten um die 18,5 Millionen Deutschen ihre angestammte Heimat in Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig, dem Baltikum, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien verlassen – dazu kamen rund 1,5 Millionen im Inland deportierte Rußlanddeutsche. Speziell für Ostpreußen gibt Kandil den Bevölkerungsrückgang mit 2.307.000 Menschen an. Zudem überlebten viele Deutsche die Flucht oder Vertreibung nicht. Je nach Region starben zwischen acht und 35 Prozent der heimatlos Gewordenen infolge der Strapazen oder durch gewalttätige Übergriffe. Insgesamt beziffert Kandil die Zahl der Toten auf 2,5 bis drei Millionen. Darin eingeschlossen sind rund 400.000 Wolga-, Schwarzmeer und andere Sowjetdeutsche. Von den Deutschen aus Ostpreußen sollen mindestens 299.000 ums Leben gekommen sein.

Zu diesen Opfern addiert Kandil die Kriegstoten aus den Vertreibungsgebieten sowie die deutschen Kriegsgefangenen aus Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland, die in den Lagern der Siegermächte umkamen. Damit starben während des Zweiten Weltkriegs rund fünf Millionen Deutsche aus den Ostgebieten und der UdSSR auf unnatürliche Weise.

Ergänzend erhält Kandils Broschüre wichtige Informationen zum Thema Vertreibung. So wird darauf verwiesen, daß die Vertreibungen im Osten bereits 1918 begannen und dazu führten, daß bis 1933 500.000 Deutsche ihre bisherige, aber nun zu Polen gehörende Heimat verlassen mußten. Darüber hinaus erwähnt er auch die Vertreibungen im Westen. Aus dem Elsaß und Luxemburg wurden ebenfalls rund 200.000 Deutsche ausgewiesen.

Außerdem schildert Kandil die gravierenden sozioökonomischen Folgen für die Vertriebenen, die in ihrer neuen „Heimat" zunächst auf der untersten gesellschaftlichen Stufe standen. Aus den einst freien Bauern des Ostens wurden Knechte oder Tagelöhner und aus den selbstständigen Handwerkern abhängig beschäftigte Fabrikarbeiter oder Bergleute.

Quelle: https://paz.de/artikel/verjagt-oder-zu-tode-geschunden-a12065.html

Sittlichkeit
Eine Kategorie moderner Staatlichkeit?
Herausgegeben von Dr. Michael Spieker, PD Dr. Sebastian Schwenzfeuer, Prof. Dr. Benno Zabel, B.A.
Nomos, 1. Auflage 2019, 273 Seiten
Das Werk ist Teil der Reihe Tutzinger Studien zur Politik
Die Aufsätze des Bandes leisten einen Beitrag zur Debatte über die Relevanz des Hegelschen Sittlichkeitsbegriffs. Sie nehmen verschiedene Begriffe, Argumentationsmuster und Lösungsvorschläge von Hegels Rechtsphilosophie auf, testen deren Gegenwartstauglichkeit und zeichnen Rezeptionslinien nach.
Im Zentrum stehen dabei neben dem Gehalt des Sittlichkeitstheorems und der Geschichtlichkeit sittlicher Lebensformen sowohl Personenbegriff, Bildungsidee wie Komplexität des zentralen Freiheitgedankens bei Hegel, aber auch die Perspektive der bürgerlichen Gesellschaft und die Reichweite und Aktualität der Sittlichkeitssemantik.

Erinnern

Vor 80 Jahren: Die Verschleppung der Deutschen aus Südosteuropa in das sowjetische Gulag

Teil 1

„Der Weg in die Ungewißheit

Am 14. Jänner 1945, Sonntagmorgen um 6 Uhr wurde das Dorf umstellt. Mädchen und Frauen von 17 bis 31 Jahren sowie Jungs und Männer von 16 bis 45 Jahren wurden von bewaffneten russischen Soldaten und von Rumänen, die eine vormilitärische Ausbildung absolvierten, ausgehoben und zur Sammelstelle, die sich in der Schule befand, mitgenommen. Sanktandreser, die versuchten, diesem Martyrium zu entfliehen, also die sich versteckten, zwang man mit Geiselnahmen von Eltern und Verwandten in die Knie. Ohne Rücksicht von weinend begleiteten Kindern zwang man über 320 Sanktandreser, davon 199 Frauen und 129 Männer in die benachbarte Großgemeinde Jahrmarkt. Punkt 12 Uhr brachen die geordneten Sanktandreser in einer Marschkolonne aufgestellt, streng bewacht, begleitet durch ein gefühlvolles Glockengeläut der Dorfkirche, auf" (Auszug von der Hausseite der Banater Gemeinde Sanktandres: https://sanktandres.eu/die-deportation-1945-1949/)

„Auf dem Hatzfelder [Rumänien] Bahnhof standen an Weihnachten 1944 Lastzüge mit verschlossenen Viehwaggons, die von Kikinda [Jugoslawien] aus gekommen waren. Da man deutsche Worte aus den Waggons vernahm, ahnte man Schlimmes. Die Ahnung bestätigte sich, als auf dem Bahnhof Viehwaggons rangiert wurden. Es gab hektische Truppenbewegungen, aber die Behörden bewahrten Stillschweigen. Jene, die noch Fuhrwerke besaßen, mußten Stroh ins Bauernheim fahren. Am 14. Januar 1945 wurden die Leute wie Vieh eingefangen und ins Bauernheim gebracht. Auch mein Vater und ich, damals erst 16 Jahre alt, standen auf der Verschleppungsliste" (https://www.banater-schwaben.org/nachrichten/dokumentation/dokumentation-detail/975-ein-ehemaliger-deportierter-erinnert-an-die-leidensgeschichte-der-russlandverschleppten-1?tx_news_pi1%5Bday%5D=25&tx_news_pi1%5Bmonth%5D=01&tx_news_pi1%5Byear%5D=2015&cHash=7133e75b99dca10fa2e6e32c92963489)

„Die Kindheit der 1956 geborenen Frau war von den Deportationserlebnissen der Mutter geprägt. »Wir haben damals unweit des Bahnhofs gewohnt. Jedes Mal, wenn ein Zug vorbeifuhr, ist sie zusammengezuckt. Sie hatte große Angst, daß sie ein weiteres Mal verschleppt werden könnte«, sagt Beer. Nach den Schilderungen ihrer Mutter wurden die Menschen in Viehwaggons gepfercht, einer neben dem anderen stehend. Zwei Wochen dauerte die Fahrt bis nach Dnjepropetrowsk (Dnipro) im Südosten der Ukraine (Die WELT vom 23. April 2022 berichtet: https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article238466643/Rumaeniendeutsche-Zehntausende-wurden-1945-in-die-UdSSR-deportiert.html).

Dies sind nur drei Beispiele von volksdeutschen „Verschleppten" in die Weiten Rußlands vor genau 80 Jahren, im Januar 1945, aus den Ländern Südosteuropas.

Mitte Januar 1945 begann die Verschleppung der Deutschen aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien in die sowjetischen Arbeitslager. Nachdem diese drei Staaten im Spätsommer und Herbst 1944 von der Roten Armee besetzt wurden, vereinbarte die Sowjetunion mit den ehemaligen Kriegsgegnern, daß die von ihnen verursachten Kriegsschäden insbesondere in der Ukraine und Weißrußland – Rumänien und Ungarn beteiligten sich 1941 an der Eroberung der Sowjetunion – mit Zwangsarbeitern zu beseitigen wären.

Bild: Stefan Jäger: Verschleppung 1945 (Screenshot Ausstellungskatalog)

Fortsetzung auf S. 9

Fortsetzung von S. 8

Bereits auf der alliierten Konferenz von Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943), forderte Stalin

> *„als Kriegsentschädigung 4 Mio. dt. Männer zum Wiederaufbau der UdSSR für unbestimmte Zeit und Entindustrialisierung des geschlagenen Deutschen Reiches nach Kriegsende" (Bolz, S. 190).*

Dies betraf grundsätzlich alle deutschen Siedlungsgebiete im Osten und Südosten Europas:

> *„Nach Unterlagen des Deutschen Roten Kreuzes wurden insgesamt 874 000 deutsche Zivilpersonen in die Sowjetunion verschleppt, nicht nur Ostpreußen, Pommern und Schlesier, sondern auch Volksdeutsche aus Rumänien, Jugoslawien und Ungarn. 45 Prozent dieser sogenannten Reparationsverschleppten starben (Anm. 75: Kurt Boehme:* Gesucht wird*, München 1965, S. 288).*
> *Die [dann beschlossene] offizielle Wiedereinführung der »Sklavenarbeit« in Europa geht auf die Konferenz von Jalta im Februar 1945 zurück, als Stalin Kriegsentschädigungen in Form von Arbeitsleistungen verlangte. Die anglo-amerikanische Mitverantwortung bei diesem Verbrechen läßt sich nicht verleugnen, zumal die Entscheidung über »Reparations in kind« (Kriegsentschädigungen in Leistungen) aktenkundig ist" (Zayas, S. 172f. Anm.: 76:* Foreign Relations of the United States*, S. 979).*

In Rumänien wurden alle *deutschen* Männer im Alter von 17 bis 45 Jahre sowie die deutschen Frauen zwischen 17 und 30 Jahren bereits im Dezember 1944 registriert und ab Mitte Januar 1945 in versiegelten Viehwaggons in die Sowjetunion verbracht; Ausnahmen bildeten nur Frauen mit Kindern unter einem Jahr, Schwangere und Arbeitsunfähige. In Ungarn war die Untergrenze bei Männern und Frauen 16 Jahre: Heute wird für diese Maßnahme, der etwas unpassende Begriff der Deportation verwendet, seinerzeit hieß es: *„Ich war nach Rußland verschleppt!"* Deportation dagegen geht von einem Dauerverbleib aus, was nicht geplant war.

Im rumänisch-sowjetischen Waffenstillstandsvertrag vom 12. September 1944 war offensichtlich nicht davon die Rede, daß nur Volksdeutsche in die UdSSR verschickt würden. In einer Geheimklausel wurde bestimmt, „100 000 Zwangsarbeiter; dabei forderte die Sowjetunion nicht speziell Deutsche . . ." *(Hillgruber, : Anm. 101, S. 350; siehe Kasten).*

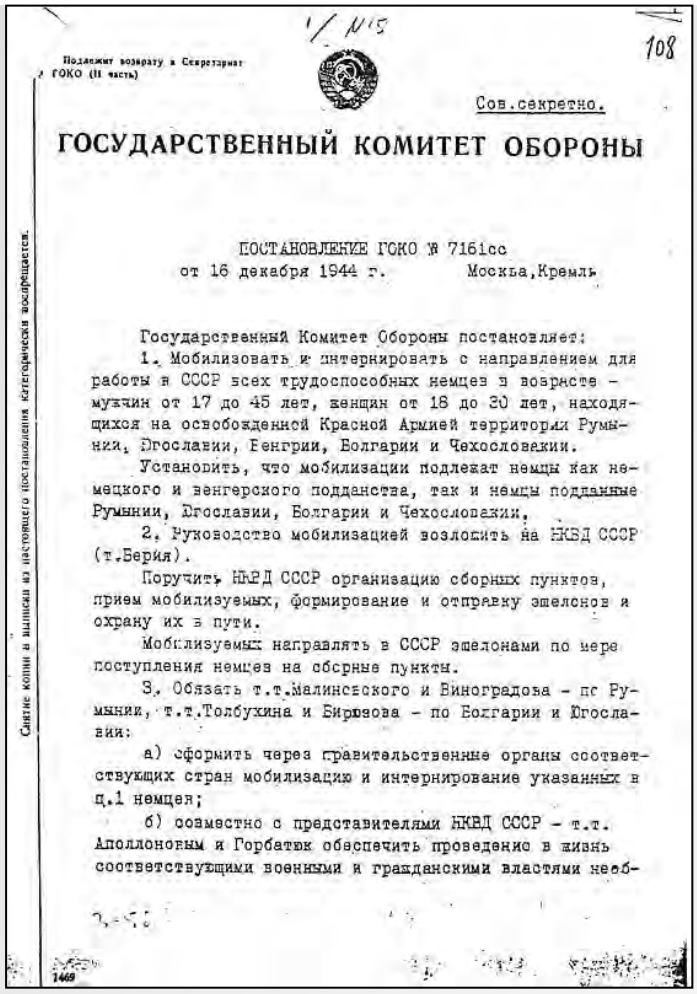
Diese Geheimklausel führte aber während der Verschleppung und danach dazu, daß man in den Reihen der Volksdeutschen und bis in die nahe Vergangenheit noch behauptete, die Verschleppung der Deutschen wäre eine Eigenmächtigkeit der rumänischen Regierung gewesen.

101 Die Behauptung SÖRENSENS (S. 40), daß die rumänische Regierung sich in einer Geheimklausel des Waffenstillstandsvertrages vom 12. September 1944 verpflichtet habe, 750000 Deutsche (Volksdeutsche und Kriegsgefangene) an die Sowjetunion als Zwangsarbeiter auszuliefern, trifft nach den eingehenden Ermittlungen der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen nicht zu (Mitt. Hans Hartls, München, an den Verf. vom 1. 10. 1953). Wohl aber sah eine geheime Zusatzklausel, die später auf rumänischer Seite von dem Ministerpräsidenten General Radescu (6. Dezember 1944 bis 6. März 1945) unterzeichnet wurde, die Auslieferung von 100000 Zwangsarbeitern vor; dabei forderte die Sowjetregierung nicht speziell Deutsche, sondern setzte nur die Zahl fest. Tatsächlich wurden aber in der Hauptsache Deutsche verschleppt, und zwar zwischen dem 10. und 24. Januar 1945 rund 80000 Deutsche (Männer von 18 bis 45 Jahren, Frauen und Mädchen von 18 bis 35 Jahren). Ein großer Teil von ihnen kehrte nach Jahren teils nach Rumänien, teils in die Bundesrepublik Deutschland zurück. Da die Zahl der in Rumänien befindlichen Siebenbürger Sachsen nach einer Erhebung der dortigen Evangelischen Landeskirche 1948 173000 und die der Schwaben rund 200000 betrug, befinden sich in Rumänien heute noch etwa 370000 Volksdeutsche. Geht man von der Gesamtzahl der Deutschen in Rumänien im Jahre 1939 aus (785000), so ist mit einem Verlust von ca. 150000 Deutschen zu rechnen, da heute in der Bundesrepublik 150000, in der Sowjetzone Deutschlands 60000 und in Österreich 50000 Rumäniendeutsche leben. Vgl. hierzu RHODE, GOTTHOLD: Die Deutschen im Osten nach 1945, in: Zeitschrift für Ostforschung 2 (1953), S. 385.

Abgesehen davon, daß die Verschleppung während der kommunistischen Ära ein absolutes Tabuthema war, kam mit neueren Recherchen ***Stalins Befehl 7161ss in den Fokus***, darin heißt es:
„Das Staatliche Verteidigungskomitee [der UdSSR] beschließt:
1. Die Mobilisierung und Internierung aller arbeitsfähigen Deutschen – Männer im Alter von 17 bis 45 Jahren, Frauen von 18 bis 30Jahre –, die sich auf dem von der Roten Armee befreiten Territorien Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei befinden, und ihre Verbringung zur Arbeit in die UdSSR. Zu mobilisieren sind sowohl Deutsche deutscher und ungarischer Staatsangehörigkeit als auch Deutsche mit der Staatsangehörigkeit Rumäniens, Jugoslawiens, Bulgariens und der Tschechoslowakei.
[. . .]
3. Die Genossen Malinovskij und Vinogradov bezüglich Rumäniens und die Genossen Tolbuchin und Birjuzov bezüglich Bulgariens und Jugoslawiens . . . (Gündisch).
Es folgen die Details der „Verbringung" der Deutschen; diese Genossen setzten dies alles im Dezember 1944 und Januar brutalst durch.

Fortsetzung auf S. 10

Fortsetzung von S. 9



1/ N15

108

Подлежит возврату в Секретариат ГОКО (II часть)

Сов.секретно.

ГОСУДАРСТВЕННЫЙ КОМИТЕТ ОБОРОНЫ

Снятие копии и выписки из настоящего постановления категорически воспрещается.

ПОСТАНОВЛЕНИЕ ГОКО № 7161сс
от 16 декабря 1944 г. Москва, Кремль

Государственный Комитет Обороны постановляет:

1. Мобилизовать и интернировать с направлением для работы в СССР всех трудоспособных немцев в возрасте – мужчин от 17 до 45 лет, женщин от 18 до 30 лет, находящихся на освобожденной Красной Армией территории Румынии, Югославии, Венгрии, Болгарии и Чехословакии.

Установить, что мобилизации подлежат немцы как немецкого и венгерского подданства, так и немцы подданные Румынии, Югославии, Болгарии и Чехословакии.

2. Руководство мобилизацией возложить на НКВД СССР (т.Берия).

Поручить НКВД СССР организацию сборных пунктов, прием мобилизуемых, формирование и отправку эшелонов и охрану их в пути.

Мобилизуемых направлять в СССР эшелонами по мере поступления немцев на сборные пункты.

3. Обязать т.т.Малиновского и Виноградова – по Румынии, т.т.Толбухина и Биргова – по Болгарии и Югославии:

а) оформить через правительственные органы соответствующих стран мобилизацию и интернирование указанных в п.1 немцев;

б) совместно с представителями НКВД СССР – т.т. Аполлоновым и Горбатюк обеспечить проведение в жизнь соответствующими военными и гражданскими властями необ-

1469

Die Alliierte Kontrollkommission überreichte der rumänischen Regierung am 31. Dezember 1944 „die Note 031 mit der Aufforderung, alle Deutschen für Arbeiten in der Sowjetunion zur Verfügung zu stellen“ (ebd.). Der Intervention der rumänischen Regierung an General Vinogradov, mit dem Hinweis, daß das Land die Deutschen für den eigenen Aufbau benötige, wurde *nicht* stattgegeben.

Dem Befehl 7161ss war eine Bestandsaufnahme der Volksdeutschen im Bereich der Roten Armee bereits im Herbst vorausgegangen: Kein Geringerer als der berüchtigte Lawrentij Berija, Stalins Innenminister stattete diesem am 24. November 1944 Bericht über das Ergebnis ab.

Ebenfalls im Herbst 1944 kam es laut einem Abkommen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion zur Verschleppung eines Teils der hier lebenden Deutschen: Die Serben führten die Einsammlung der Personen durch, die Sowjets organisierten den Transport nach Rußland. Die zurückgebliebenen Deutschen wurden in Lager interniert und kamen zum überwiegenden Teil unter den unwürdigsten Bedingungen um; so gesehen, hatten die Verschleppten eine höhere Chance zu überleben.

Die meisten Verschleppten aus den drei Staaten mußten in Bergwerken, der Eisenverhüttung in der Ukraine oder im Kaukasus oder in Minen und Wäldern im Ural oder in der Taiga bei mangelhafter Ernährung und katastrophalen hygienischen Bedingungen schuften. Über 15 % der Verschleppten überlebten die Fahrt oder die Schwerstarbeit nicht und verstarben; die Zahlen schwanken von Quelle zu Quelle: Eine umfassende Aufarbeitung läßt auch hier noch auf sich warten.

Die oben erwähnten 70 000 Menschen aus Rumänien verteilten sich etwa in 33 000 bis 35 000 Banater, 30 336 Siebenbürger und etwa 5 000 Sathmarer Schwaben auf. Aus Ungarn wurden 30 000 Personen und aus Jugoslawien 40 000 Personen, von denen 30 000 überlebten, verschleppt.

Viele der Verschleppten kamen erst 1949 (Rumänien) oder 1948 (Jugoslawien) aus den Gulags frei: Manche hatten die Option zwischen der alten Heimat oder der Bundesrepublik zu wählen. Ein Großteil der Schwerkranken wurde zwischenzeitlich in die Sowjetische Besatzungszone (Durchgangslager Frankfurt/Oder) entlassen.

Viele Betroffene konnten erst ein oder zwei Generationen später über diese Elendsjahre in den Gulags berichten oder schwiegen. Zudem war man unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Kampf um das nackte Überleben beschäftigt und zumal in der *Bundesrepublik* wollte man sich während der sogenannten Wirtschaftswunderzeit damit *nicht* belasten.

Es ist dennoch das Verdienst zahlreicher Autoren und der landsmannschaftlichen Presse, insbesondere der *Siebenbürgischen Zeitung* und der *Banater Post* vielen der Verschleppten und umtriebigen Forschern eine Plattform der Erinnerung an dieses dunkle Kapitel zu geben: In den nächsten Folgen kann nur schlagartig auf diese Recherchen oder persönlichen Erinnerungen eingegangen werden.

Bild: Befehl 7161ss (Siebenbürgische Zeitung—online/13. Januar 2025)

Literatur

Rüdiger Bolz (Zus.): Synchronopse des Zweiten Weltkries. Vergleichende Zeittafeln der Parallelereignisse [. . .], Düsseldorf 1983;
Dr. Konrad Gündisch: „Wiederaufbau“ – ein Synonym für Sklavenarbeit, Banater Post, 5. Februar 2015, S. 4);
Andreas Hillgruber: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938 – 1944, Wiesbaden 1954;

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Vor 80 Jahren: Die Evakuierung der Deutschen aus Nordsiebenbürgen
Teil 3

Wie erwähnt, war die deutsche Heeresleitung und das politische Berlin von dem Bukarester Umsturz am 23. August 1944 völlig überrascht: Zwei Tage später erklärte Rumänien dem Reich den Krieg: Etwa 100 000 deutsche Soldaten, zumeist Etappeneinheiten gerieten in rumänische Gefangenschaft.

Seiten Ungarns wurde der Vorschlag gemacht, die deutschen Truppen sollten den rumänischen Teil Siebenbürgens besetzen, während Ungarn den Szecklerzipfel behaupten sollten. Angesichts der katastrophalen militärischen Lage kam es nicht mehr dazu. Ungarische Pläne vom 3./4. September 1944 Südsiebenbürgen zu erobern, wurden ebenfalls ad acta gelegt. Eine Erklärung der ungarischen Regierung brachte am 6. September:

> *„zum Ausdruck, daß »Ungarn mit Rumänien in Frieden leben« wolle, wenn dies auch »durch das Verhalten der Rumänen erschwert« sei. Diese vorsichtige Wendung der ungarischen Regierung konnte aber die Kriegserklärung Rumäniens, das sich am Ziel seiner nationalen Wünsche glaubte, nicht verhindern. Sie wurde am nächsten Tag ausgesprochen“ (Hillgruber, S. 230).*

Da sich die Rote Armee nach dem Sieg bei Jassy-Kischinev auf die Eroberung Rumäniens und Bulgarien konzentrierte, gelang es der Heeresgruppe Südukraine mit den Restverbänden den Szeklerzipfel abzusichern. Die 8. Armee, die westlich der sowjetischen Durchbruchstelle lag, konnte sich über die Karpatenpässe zurückziehen.

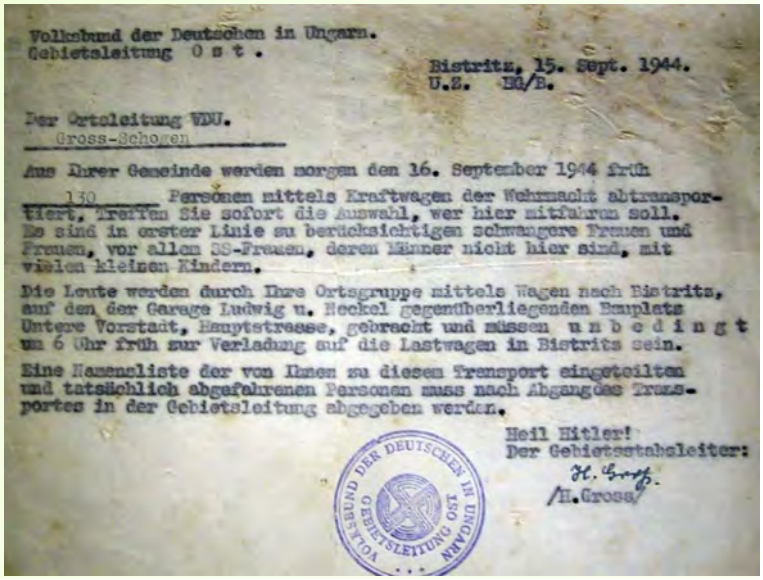
Die 6. Armee bildete eine schwache südwestliche Verteidigungslinie, während die ungarischen Truppen im Raum Klausenburg-Großwardein zur 2. Armee unter Generaloberst Lajos Veress massiert hatten. Westlich davon stand das V. SS-Gebirgskorps, dessen Kommandeur der aus dem siebenbürgischen Birthälm stammende General der Waffen-SS, Arthur Phleps, war.

Phleps hatte bereits im Frühjahr 1944, die militärische Lage vorsichtig einschätzend, die Evakuierung der Siebenbürger Sachsen ins Auge gefaßt. Die Evakuierungen der Krim-, Don- und Transnistriendeutschen, die schon im Herbst 1943 anliefen, war im Prinzip im Sommer vorwiegend über Nordsiebenbürgen und der Bukowina erfolgt, da der Weg über die Donau durch Serbien nicht mehr sicher war. Dies war den Nordsiebenbürgern bekannt; vielfach hatte man diesen Umsiedlern auch geholfen.

Der Gebietsleiter für Nordsiebenbürgen vom „Volksbund der Deutschen in Ungarn“, Karl Robert Gassner, ließ bereits im Frühjahr 1944 detaillierte Evakuierungspläne für die Siebenbürger Sachsen aus Nordsiebenbürgen erarbeiten: Für jede Gemeinde waren Richtlinien und Marschrouten genauestens festgelegt. General Phlebs, kürzlich erst zum „Hohen SS- und Polizeiführer Siebenbürgens“ ernannt, gab am 5. September den Befehl zur Evakuierung der Volksdeutschen aus (Zentrum, S. 66E).

Die Funktionäre der deutschen Volksgruppe aus Rumänien unter Andreas Schmidt, in den ungarischen Teil geflüchtet, versuchten noch aus dem Raum Klausenburg-Neumarkt

> *„aus Volksdeutschen SS-Urlaubern und geflüchteten Siebenbürgern provisorische Hilfseinheiten zur Befreiung Siebenbürgens zusammenzustellen. Mit Unterstützung der Division „Florian Geyer” gelang es diesen in den ersten Tagen des deutsch-ungarischen Vorgehens, am 7. und 8. September, die Deutschen der am Südrande des Szekler-Zipfels gelegenen Dörfer Katzendorf und Draas, sowie die sächsischen Gemeinden Zendersch, Zuckmantel, Felldorf, Maniersch und Rode südlich Neumarkt zu evakuieren“ (Zentrum, S. 66E).*


Volksbund der Deutschen in Ungarn.
Gebietsleitung O s t .

Bistritz, 15. Sept. 1944.
U.Z. Bd/B.

Der Ortsleitung VDU.
Gross-Schogen

Aus Ihrer Gemeinde werden morgen den 16. September 1944 früh
130 Personen mittels Kraftwagen der Wehrmacht abtransportiert, Treffen Sie sofort die Auswahl, wer hier mitfahren soll. Es sind in erster Linie zu berücksichtigen schwangere Frauen und Frauen, vor allen SS-Frauen, deren Männer nicht hier sind, mit vielen kleinen Kindern.

Die Leute werden durch Ihre Ortsgruppe mittels Wagen nach Bistritz, auf den der Garage Ludwig u. Heckel gegenüberliegenden Bauplatz Untere Vorstadt, Hauptstrasse, gebracht und müssen u n b e d i n g t um 6 Uhr früh zur Verladung auf die Lastwagen in Bistritz sein.

Eine Namensliste der von Ihnen zu diesem Transport eingeteilten und tatsächlich abgefahrenen Personen muss nach Abgang des Transportes in der Gebietsleitung abgegeben werden.

Heil Hitler!
Der Gebietsstabsleiter:
H. Gross
/H. Gross/

VOLKSBUND DER DEUTSCHEN IN UNGARN GEBIETSLEITUNG OST

Bild: Screenshot Siebenbürgische Zeitung vom 5. August 2024

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

Da die Rote Armee am 7. September 1944 Kronstadt eingenommen hatte, erwies sich dies als ein Scheinerfolg: Die Front kam erst gegen den 25. September entlang des Mieresch zum Stehen. In den meisten nordsiebenbürgischen Sachsendörfern ging die Hektik nach dem 5. September los: Trecks machten sich auf den Weg; aus den Städten Sächsisch-Reen und Bistritz wurde die Stadtbevölkerung in Züge verfrachtet.

Über diesen einschneidenden Aspekt der siebenbürgisch-sächsischen Geschichte konnte in der kommunistischen Ära *nicht* gesprochen werden, heute nach 80 Jahren, viel zu spät, da die überwiegende Zahl der Evakuierten nicht mehr lebt, kommen in der Presse und Publizistik so manche Details zum Vorschein.

Anhand von zwei Schicksalen soll der Anfang September 1944 begonnene Leidensweg der Nordsiebenbürger nachvollzogen werden.

Die aus *Burghalle* (Hausnummer 50) stammende Katharina Lörinz, eine geborene Poschner, erinnert sich („Die tragische Zerstörung der Dorfgemeinschaft. Abschied von der Heimat“):

> *„Als am 23. August 1944 in den Nachrichten mitgeteilt wurde, daß Rumänien kapituliert und sich auf die Seite der Russen gestellt hatte, verbreitete sich Sorge und Unruhe in der deutschen Bevölkerung.*
> *Der Rückzug der deutschen Wehrmacht von der Ostfront setzte ein. Die Angst vor der Zukunft wurde größer, und immer mehr Fragen wurden laut, was auf uns zukomme. Stimmen wurden laut über eine eventuelle Evakuierung. Aber wer wollte und konnte auch nur im geringsten daran glauben, daß wir die Heimat verlassen müßten, wo unsere Vorfahren sich 800 Jahre geplagt und schwer gearbeitet hatten.*
> *Eine reiche Ernte hatte uns der liebe Gott in diesem Jahr geschenkt. Wir waren noch emsig daran, die Getreideernte einzubringen, die noch in den Haufen auf dem Felde stand. Die in Bistritz hielt uns immer auf dem Laufenden. Am 16. September erhielten wir von der Gebietsführung den Befahl, daß wir am 18. September unsere Gemeinde verlassen müßten. Dieser Befehl traf uns alle wie ein Bombenschlag. Die Leute wußten nicht, was sie einpacken und mitnehmen sollten. Uns wurde gesagt, wir sollten uns mit Lebensmitteln für sechs bis sieben Wochen versorgen, ebenso auch mit Futter für die Pferde. Am selben Tag hatten die Leute noch geschlachtet. Das Fleisch wurde gebraten in große Töpfe gelegt und wegen der Haltbarkeit mit Fett übergossen. In der Mühle liefen beide Mühlsteine auf Hochtouren, damit jeder seinen Bedarf an Mehl mitnehmen konnte. Von allem wurde nun das Notwendigste eingepackt. Was konnte man schon auf einen Wagen laden, wo Großeltern, Eltern und Kinder mitfahren sollten.*
> *Die Männer richteten die Wagen her . . .“ (Zehner, S. 142).*

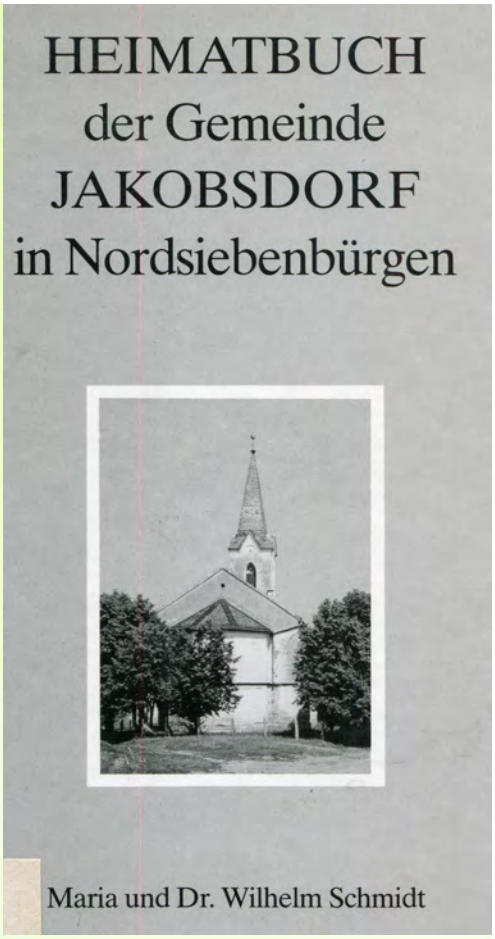
Bei den Siebenbürger Sachsen kam hinzu, daß die evangelisch-lutherische Kirche sich wirklich für ‚ihre Schäfchen‘ verantwortlich fühlte; Gassner selbst war Pfarrer in Deutsch-Budak und hatte ein Wort in der Kirchenverwaltung mitzureden. Für die evangelische Kirche war es eine schwerwiegende Entscheidung, sich dem Exodus in Nordsiebenbürgen anzuschließen; hier unterordnete man sich dem von oben gegebenen Evakuierungsbefehl. Daß dies ein Abschied für immer sein wird, war man sich sicher; entsprechend wurde auch angeordnet, daß Pfarrer mit ihren Kirchenbüchern, Archiven und Kultgegenständen sich dem Treck anzuschließen hätten.

Fortsetzung auf S. 13

Fortsetzung von S. 12

Frau Christine Fleischer, geborene Kreutzer, erinnert sich („Kindheit in Jakobsdorf – 1944 Flucht im 12. Lebensjahr. Rückkehr in die Heimat nach Kriegsende 1945“).

> *„Ich erinnere mich gerne an meine Kindheit in Jakobsdorf. Im Elternhaus war ich geborgen, ging zur Schule und spielte im Kreise meiner Kameradinnen. Meine Schulzeit begann im Jahre 1940. In jedem Grundschuljahr hatte ich einen andren Lehrer, weil die Lehrer immer wieder zum Militärdienst eingezogen wurden. [. . .]*
> *Die friedliche Ruhe unseres Landlebens wurde bald getrübt. Ich erinnere mich, wie im Sommer mehrere Dorfbewohner abends in unser Haus kamen, um die Rundfunknachrichten – insbesondere über den Kriegsverlauf – zu hören. Je näher der Kriegsschauplatz aus dem Osten heranrückte, desto besorgter waren die Gesichter. Als am 23.8.1944 Rumänien seinen Bündnispartner wechselte, erfolgte die Aufforderung, die Heimat zu verlassen. Innerhalb der drei folgenden Wochen mußten die Leute die Vorbereitungen zur Flucht treffen.*
> *Am 17. September 1944 war es dann soweit . . . Es war ein schöner Sonntagmorgen. Beim Klang unserer Kirchenglocken nahmen wir von unserem kleinen, geliebten Jakobsdorf Abschied . . .“ (Schmidt, S. 97).*



Es muß betont werden, daß die Nordsiebenbürger ungarische Staatsbürger waren, entsprechend erfolgte die Evakuierung unter dem bürokratischen Gesichtspunkt organisierter, als wenn es sich, wie im Falle der Siebenbürger Sachsen aus Südsiebenbürgen um rumänische Staatsangehörige gehandelt hätte

Literatur

Rüdiger Bolz (Zus.): Synchronopse des Zweiten Weltkries. Vergleichende Zeittafeln der Parallelereignisse [. . .], Düsseldorf 1983;
Andreas Hillgruber: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938 – 1944, Wiesbaden 1954;
Maria und Dr. Wilhelm Schmidt: Heimatbuch der Gemeinde Jakobsdorf in Nordsiebenbürgen, Ludwigsburg 1989;
Hanspeter Zehner: Heimatbuch Burghalls. Die Geschichte einer deutschen Gemeinde im Budaktal in Nordsiebenbürgen, Au bei Freiburg 1990;
Zentrum für Vertreibung: http://doku.zentrum-gegen-vertreibung.de/archiv/rumaenien/kapitel-3-3-2.htm.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Kriegsursachen 1914:
Die Annexionskrise 1908

Teil 5

Am 31. August 1907 ergänzte Großbritannien die mit Frankreich geschlossene Entente cordiale mit einem Abkommen mit Rußland; hierbei ging es verwiegend um die Abgrenzung der Interessenssphären in Persien (Iran):

> *„Jetzt fiel auf deutscher Seite das Wort »Einkreisung«, oder war das Wort »Auskreisung« angemessener, da weltpolitische Fragen fortan ohne deutsches Zutun gelöst werden sollten? Unverkennbar war, daß Bülows »Weltpolitik« – mochte sie nun einem Konzept folgen oder lediglich ein Bekenntnis darstellen – endgültig gescheitert war“ (Fröhlich, S. 113).*

Ihre Feuerprobe mußte das englisch-russische Abkommen in der sich verschärfenden Auseinandersetzung um Bosnien und die Herzegowina, das Österreich-Ungarn als Mandat des Berliner Kongresses 1878 besetzt hielt, bestehen. Die bosnisch-herzegowinaer Landesverwaltung beabsichtigte die Eisenbahnlinie Sarajevo-Vardište und Sarajevo-Uvac an die Nachbarlinien in Serbien und im Sandschak anzubinden.

Fortsetzung auf S. 14

Fortsetzung von S. 13

Darüber informierte Wien – entsprechend der Berliner Kongreßakte – Konstantinopel, das noch *formal* die Souveränität über die beiden Territorien ausübte; Sankt Petersburg wurde ebenfalls informiert. Anfang Januar 1908 nahm die russische Regierung *keinen* Anstoß an den Projekten.

Erst als am 27. Januar 1908 der österreich-ungarische Botschafter die Delegationen der Signatarstaaten der Berliner Kogreßakte informierte, daß der Eisenbahnbau auch *realisiert* werden würde, erhob sich in der russischen und kurz darauf in der englischen Öffentlichkeit ein Sturm gegen die österreich-ungarischen Pläne; zugleich äußerte der britische Botschafter in Sankt Petersburg, Sir Arthur Nicolson, ein Sprachrohr des kaiserfeindlichen Souveräns, Edward VII., „die persönliche Meinung (sic!), daß der türkischen Herrschaft in Konstantinopel ein Ende bereitet werden müßte.“ Alois Freiherr von Lexa und Aehrenthal, der österreichisch-ungarische Außenminister, kommt im Erlaß vom 18. Februar 1908 zum Schluß:

> *„»Hält der Herr russische Minister des Auswärtigen an dieser Interpretation fest, (daß der Bahnbau eine Störung des status quo beinhalte), dann ist natürlich die Entente zu Ende, und der Versuch, mit Rußland einverständlich vorzugehen, ohne dabei unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen zu vernachlässigen, gehört der Geschichte an“ (Uebersberger, S. 17).*

Im Weiteren wies Aehrenthal die Unterstellung zurück,

> *„daß durch Österreichs Aktion die drei Grundprinzipien der Entente mit Rußland: Aufrechterhaltung des politischen status quo, Ablehnung jeder eigenen territorialen Vergrößerung und Förderung der Selbstentwicklung der Balkanstaaten, irgendwie tangiert würden“ (Uebersberger, S. 17).*

Dies sah die russische Seite anders: Die Sache eskalierte und Nicolson und der russische Außenminister Alexandr Iswolsky erwogen, Maßnahmen gegen die Türkei zu ergreifen: Beiden ging es längst nicht mehr um eine läppische Balkanbahn, man wollte das Osmanische Reich destabilisieren. Allerdings waren Rußlands Armee und Marine nach dem japanisch-russischen Krieg und den Revolutionswirren 1905 *noch nicht kriegstüchtig*.

Der alte russische Traum von einer Beherrschung der Meerengen und damit des gesamten Schwarzen Meeres spuckte weiter in den Köpfen russischer Politiker; auch der Zar meinte, er könne die Orthodoxen auf dem Balkan nicht ohne Unterstützung lassen. Zur Schaffung eines »Großrußland«, wie es der Führer der Opposition in der Duma, Peter Struwe, vertrat, seien alle Kräfte

> *„auf jenes Gebiet zu richten, das dem wirklichen Einfluß der russischen Kultur zugänglich sei: Das ganze Bassin des Schwarzen Meeres, alle europäischen und asiatischen Ländergebiete, die es umspüle. Die Basis wirtschaftlicher Beherrschung bieten Kohle und Erz des Donezbeckens. Wirtschaftliche und politische Herrschaft im ganzen Nahen Orient müßte die Grundlage der russischen Außenpolitik, gestützt auf das Bündnis mit Frankreich und die Entente mit England, die Struwe als Großtat Iswolskys preist, bilden“ (Uebersberger, S. 19).*

Um **zumindest** hier einen Teilerfolg zu erzielen, schlug **Iswolsky** vor, daß die Uferstaaten des Schwarzen Meeres das Recht „bei Aufrechterhaltung des Prinzips der Schließung der Dardanellen,“ erhalten sollten, ihre Kriegsschiffe durch die Meerengen zu führen; allerdings hatten die Anrainer Rumänien und Bulgarien seinerzeit noch gar keine Flotten . . .

Der Unterstützung der Briten sich sicher, wandte sich Iswolsky an Wien: Das war sein entscheidender Fehler. Dem österreich-ungarischen Kabinett wurde hiermit klar, auf welchen wackeligen Positionen die Besetzung von Bosnien-Herzegowina stand. Die Lage eskalierte weiter: „Im Sommer 1908 schufen Veränderungen in der Türkei eine neue Lage: Die Revaler Zusammenkunft zwischen Nikolaus II. und Edward VII. (*deren* Ergebnis wir heute [1958) noch nicht kennen), löste Gerüchte aus, welche die jungtürkische Revolution beschleunigten. Die Türkei erhielt eine Konstitution“ (Uebersberger, S. 19).

Karte: Habsburger.net, Jan. 2025

Fortsetzung auf 15

Fortsetzung von S. 14

Wahlen für ein neues türkisches Parlament zeichneten sich in Bosnien-Herzegowina ab. Daraus ergab sich eventuell die Möglichkeit, daß die Türkei ihre Souveränitätsrechte in Bosnien-Herzegowina *wieder* wahrnehmen könnte: Ein Graus für die serbische Regierung.

Bereits in seiner Broschüre La Bosnie et l`Herzégovine (Paris) versuchte Miroslav Spalajkovič die französische und die europäische Öffentlichkeit für die südslawische Frage zu beeinflussen. Das Ziel war, Bosnien-Herzegowina für Serbien zurückzugewinnen. Entweder, so Spalajkovič, hat Österreich-Ungarn sein Mandat erfüllt *oder* wenn dieses – mit der Schaffung einer stabilen Ordnung und der Lösung der Agrarkrise – gescheitert war, dann müßte es zurückgegeben werden: Die Bevölkerung würde dann „die Rückkehr unter türkische Verhältnisse dem weiteren Verbleiben unter österreichisch-ungarischem Regime“ vorziehen (Uebersberger, S. 10).

Der österreichisch-ungarische Ministerrat gab in seinen Beschlüssen vom 19. August und 10. September 1908 Außenminister von Aehrenthal (bis 1906 Botschafter in Sankt Petersburg) die Zustimmung zur Annexion Bosniens und der Herzegowina und dem Verzicht auf das Besatzungsrecht im Sandschak von Novi Pasar.

Im böhmischen Buchlau auf dem Schloß des Grafen Leopold von und zu Berchtold, dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Sankt Petersburg, trafen sich Aehrenthal und Iswolsky zu einer Besprechung am 16. September:

> *„Die beiden Außenminister vereinbarten Zustimmung Rußlands zur Annexion Bosniens und der Herzegowina bei Verzicht auf die Rechte im Sandschak und wohlwollende österreichische Unterstützung der russischen Wünsche bezüglich der Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Meerengen“ (Uebersberger, S. 20f.).*

Kosmetische Gebietsabtretungen an Serbien lehnte Aehrenthal kategorisch ab. Allerdings konnte er nicht wissen, daß Rußland bereits 1896/97 angesichts der Armeniergreuel und jetzt während der jungtürkischen Revolution, erwog, die Meerengen handstreichartig zu besetzen. Entsprechend war man in Sankt Petersburg über die zweifelhaften Zusagen aus Wien nicht begeistert.

In

> *„einem österreichischen Geheimmemorandum vom 27. August wurde der Zarenregierung der Vorschlag gemacht, daß Rußland eine wohlwollende und freundschaftliche Haltung einnehmen solle, falls Österreich, »sich einer unerbittlichen Notwendigkeit fügend«, gezwungen wäre, Bosnien und die Herzegowina zu annektieren“ (Freund, S. 878).*

Am 23. September informierte Iswolsky Aehrenthal, daß er den Zaren über das Buchlauer Gespräch informiert habe und er „werde dessen Genehmigung sofort in einem Antwortmemorandum Aehrenthal zusenden.“ Am 30. September teilte Aehrenthal Iswolsky mit, daß er noch immer auf das Antwortmemorandum warte und die Annexion nun sehr eilig wäre, denn auf *seinen* Antrag hin habe Kaiser Franz Joseph den 7. Oktober, als Tag der Veröffentlichung der Annexion bestimmt. Die Kabinette der Signatarmächte des Berliner Vertrages würden per Zirkularnote am Tag der kaiserlichen Proklamation, einem Mittwoch, verständigt (Uebersberger, S. 21f.).

Den Staatsoberhäuptern hingegen soll ein Schreiben Franz Josephs am 5. und 6. Oktober zugestellt werden. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris, Rudolf Graf von Khevenhüller-Metsch, „bekannt durch sein Temperament“ übergab das kaiserliche Schreiben *bereits* am 3. September. Erst am Morgen des 4. Oktober erhielt Iswolsky, jetzt auch in Paris, Aehrenthals Schreiben vom 30. September (*Uebersberger*, S. 22).

All dies wurde nun in der Pariser Presselandschaft breitgetreten. Am Abend des 5. Oktobers suchte der Chefredakteur des *Temps*, André Tardieu, den deutschen Botschafter Khevenhüller auf

> *„und sagte, daß Iswolsky hier den Standpunkt vertrete, daß er der Annexion durchaus nicht beistimme: Rußland wolle in dieser Frage mit Frankreich und England gehen, er werde die Idee lancieren, eine Revision des Berliner Vertrages anzustreben“ (Uebersberger, S. 22).*

Bild: Schoß Buchlau heute, Wikipedia, Januar 2025

Fortsetzung auf S. 16

Fortsetzung von S. 15

In einem Gespräch mit Khevenhüller meinte Iswolsky hingegen, daß „Rußland die Zustimmung zur Annexion nicht verweigern wolle.“ Für einen Kongreß habe er bereits die *Mehrheit* der Signatarmächte gewonnen; süffisant ergänzte er: „»Sie begreifen, . . . daß eine jede mit ihrer Spezialforderung erscheinen wird.«“ Dem serbischen Gesandten in Paris erklärte Iswolsky: „»Österreich-Ungarn habe gemeinsam mit England und Deutschland 1878 Rußland in Berlin auf die Anklagebank geführt, jetzt werden wir Österreich hinführen.«“ Am 9. Oktober fuhr Iswolsky weiter nach London, um für den Kongreß zu werben (Uebersberger, S. 22).

Österreich bekam Bosnien-Herzegowina und die russische Regierung ließ Iswolsky auch im Regen stehen, indem sie der Vereinbarung von Buchlau *nicht* zustimmte. Erst recht kam er in die Bredouille, als das Deutsche Reich in einem Ultimatum vom 21. März 1909 die *bedingungslose* Anerkennung der Annexion und das Ende der russischen Unterstützung Serbiens, das schon mobilisiert hatte, forderte. Die Türkei bekam auf deutschen Druck hin von der Donaumonarchie eine kleine finanzielle Entschädigung.

Iswolsky war letztendlich der Düpierte:

„zu den Gefühlen des russischen Patriotismus kam jetzt die persönliche Rachsucht. Der klare und ruhige Sasonow wurde Nachfolger von Iswolsky im Auswärtigen Amt. Iswolsky aber übernahm die Pariser Botschaft und lebte dort als einer der wenigen wahren Kriegshetzer, die es in Europa vor 1914 gab“ (Freund, S. 880)

Literatur

Michael Freund: Deutsche Geschichte, fortgeführt von Thilo Vogelsang, München 1979;
Michael Fröhlich: Imperialismus. Deutsche Kolonial- und Weltpolitik 1880 – 1914, München 1994;
Hans Uebersberger: Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur Südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges, Köln; Graz 1958.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Temeswar in der Revolution 1989: Die Verhaftung des Pastors László Tökés
Teil 3

Rückblick: Im August 1989 ging die Fluchtbewegung aus der DDR in eine entscheidende Phase über: Die ostdeutschen Bürger versuchten ihre Ausreise über die Flucht in die BRD-Botschaften in Prag und insbesondere in Budapest zu erzwingen.

In der Budapester Botschaft hatten am 11. August bereits über hundertfünfzig DDR-Bürger Zuflucht gefunden; jede Woche kamen noch mehr hinzu. All dies war in den sozialistischen Staaten durch die westlichen Medien bekannt. Neben den DDR-Flüchtlingen gab es in Ungarn aber auch *tausende* Flüchtlinge aus Rumänien:

> *„Aus verschiedenen Gründen, die in historischer Feindschaft gegen das rumänische Regime im Allgemeinen und dessen stalinistischen Diktator, Nicolae Ceauşescu, im besonderen wurzelten, hatten sich die Ungarn bereits entschieden, die Rumänen nicht auszuweisen. Wie konnten sie da die Ostdeutschen in die DDR zurückschicken? In dieser Situation beschloß das immer noch von den Kommunisten regierte, sich aber im Übergang zur Demokratie befindende Ungarn, eine schöpferische Pause einzulegen“ (Zelikow/Rice, S. 105; Rek. auf: Greenwald,* Berlin Witness*, S. 99, 105).*

Am 9. August wurde die Abschiebung von Personen in die DDR gestoppt, obwohl die ungarische Regierung laut einem Abkommen aus dem Jahre 1969 verpflichtet gewesen wäre, diese nach Ostdeutschland zurückzuführen.

In Temeswar kam es am 1. November 1989 zu einem Versuch, eine Demonstration zu organisieren, da die Studentenschaft jedoch durch Securitateleute durchsetzt war, kam es zu keinem Aufmarsch. Anläßlich des rumänischen Sieges im Fußballspiel gegen Dänemark am 15. November (dem zweiten Jahrestag des Kronstädter Aufstandes), „ziehen wieder einige tausend Demonstranten friedlich durch Temeswar, bis vor das Kreisparteikomitee, wo ihr Protestzug durch die Miliz [der damaligen Polizei] und den Geheimdienst »Securitate« aufgelöst wird. Viele Studenten werden verhaftet“ (Boese, S. 9f.).

Fortsetzung auf S. 17

Fortsetzung von Seite 16

Die Stimmung in Rumänien war, wie im ganzen sozialistischen Osten im Herbst 1989 entsprechend hochexplosiv: Bohn (S. 184f.):

> *„**Am Morgen des 21. November 1989** betrat ein hochgewachsener Mann die Mechanik-Werkstätte des großen Industrieunternehmens am Jagdwald [dies sind die bekannten Mechanischen Werke Temeswar – rumänisch Uzinele Mecanice Timișoara, abgekürzt U.M.T.]: »Wo finde ich Poenar?« Der Gesuchte stand am Fenster. »Wie steht es! Wir müssen um jeden Preis auf die Straße! Eine Demonstration gegen die Wiederwahl des Diktators . . . .!*
> *»Ahnst du, was dabei herauskommt!? Die machen uns nieder!«*
> *»Kann jederzeit auch ohnedies geschehen! Ich habe gesagt: um jeden Preis! Pinzar von der ‚Electrotimisch' hat mit den Leuten von der Autofabrik Verbindung aufgenommen. Es kann losgehen!«"*

Offensichtlich mit Müh und Not kann der Abteilungsleiter, einige Ingenieure und „der Geheimagent, den eigentlich jeder kennt . . . ." das Aufbegehren und die Straßendemonstration noch verhindern: Poenar und seine Kollegen können erst nach dem Ende der Revolution über die ‚Überzeugungsarbeit' der Securitate reden . . .

Auf dem XIV. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Parteitag wird Nicolae Ceauşescu erneut am 14. November zum Generalsekretär gewählt; laut Wikipedia soll es schon davor zu Protesten gekommen sein:

> *„Am 11. November 1989, vor dem Parteitag, demonstrierten Studenten aus Klausenburg und Bukarest auf der Brezoianu-Straße und dem Kogălniceanu-Boulevard mit Plakaten, auf denen zu lesen war: »Wir wollen Reformen gegen die Ceauşescu-Regierung.« Die Studenten – Mihnea Paraschivescu, Grațian Vulpe, der Wirtschaftswissenschaftler Dan Căprariu aus Cluj-Napoca und andere – wurden verhaftet und von der Securitate unter dem Vorwurf der Propaganda gegen die sozialistische Gesellschaft untersucht. Sie wurden am 22. Dezember 1989 um 14.00 Uhr freigelassen. Es gab weitere Briefe und andere Versuche, auf die wirtschaftliche, kulturelle und geistige Unterdrückung der Rumänen aufmerksam zu machen, aber sie dienten nur dazu, die Aktivitäten der kommunistischen Polizei und der Securitate zu verstärken."*

Nach dem erwähnten Gipfeltreffen vor Malta unterrichtete Michail Gorbatschow die kommunistischen Führer des Warschauer Paktes am 4. Dezember 1989 über die Ergebnisse des Treffens; nach seinem Bericht nahm nur Ceauşescu Stellung: Er holte „noch einmal zu einer bitteren Tirade" aus: Gegen die kapitalistische Unterwanderung forderte er, der sonst auf seinen eigenen Weg Bedachte, die *Solidarität* der sozialistischen Staaten (Zelikow/Rice, S. 192).
Wie erwähnt, sollte der ungarische Pastor der Reformierten Kirche, László Tökés, verhaftet werden. Am 10. Dezember rief er

> *„dazu auf, »in die Kirche zu kommen«, um »Zeuge des Unrechts« zu werden. Von Donnerstag, dem 14. Dezember, an versammeln sich Gemeindemitglieder vor seiner Kirche im Stadtteil Josefstadt. Zunächst sind es nur einige Dutzend Ungarn. Am nächsten Tag aber, dem Freitag, der durch das ungarische Fernsehen als Termin der Räumung bekanntgeworden ist, sind es am Abend schon Hunderte von Menschen, die sich vor der Kirche und vorm Pfarrhaus versammelt haben" (Boese, S. 10).*

Temeswar-15.Dez. 1989:-Solidarität vorToekes'-Pfarrhaus-(ungarnheute-hu-16Dez2022)

Die zumeist ungarischen Bürger wichen auch am Freitag, **dem 15. Dezember 1989**, nicht zurück und schirmten *unbewaffnet* ihren Pastor ab.

Nach 18:00 Uhr am **Samstag, dem 16. Dezember**, war der Verkehr an der „Maria", einem bedeutendem Straßenbahnknotenpunkt „»blockiert von einer großen Menschenmenge, die Mehrzahl Kinder und Jugendliche und einige Arbeiter. Auf einer Straßenbahn war eine Kerze befestigt«" (Boese, S. 11). Erstmal griffen *Arbeiter* in das Geschehen . . . Frau Annemarie Podlipny-Hehn, eine Temeswarer Germanistin, beschreibt die Lage so (S. 10):

> *„Während der Abendstunden wurden die Reihen der Versammlung von den heimkehrenden Arbeitern verstärkt, und die ersten Losungen »Freiheit!«, »Demokratie!«, »Menschenrechte!« waren zu hören.*
> *„Nicht: »Brot!«, »Wärme!« und »Licht!« waren es, was die Menschen forderten, obwohl eine Armut herrschte, die kaum zu beschreiben ist. Es war schlimmer als während des Krieges und der Nachkriegszeit."*

Inzwischen reagierte auch Bukarest: Justizministerin Maria Bobu ordnete in einer Depesche an, Pastor Tökés „unter allen Umständen zu jedwelcher Tag- und Nachtstunde aus Temeswar zu entfernen" (Bohn, S. 189).

Fortsetzung auf S. 18

Fortsetzung von S. 17

Ein Teil der Demonstranten, die durch Gruppen vom Küttel-Platz verstärkt wurden, zog über die Maria-Brücke Richtung Kreisparteikomitee, wurde aber brutal von den Ordnungskräften vor der orthodoxen Kathedrale, dem Temeswarer Wahrzeichen, gestoppt; auf beiden Seiten gab es die ersten Verletzten. Gegen 22:00 Uhr erschien Bürgermeister Petre Moţ und der Parteisekretär Rotărescu vor dem Pfarrhaus

> *„in der Cipariustraße [. . .], wo bereits eine Menge zwielichtiger Figuren die Reihen der Demonstranten durchsetzte. Einige der Demonstranten wollten sogar russische Worte gehört haben. Wer sollte es auch wissen?“ (Bohn, S. 187).*

Verwüstete Buchhandlung im Stadtteil Josefstadt Foto: L. Geier

Die beiden Offiziellen erklärten, daß der Versetzungsbefehl rückgängig gemacht werde; die Demonstranten trauen den beiden jedoch nicht und verließen auch *nicht* das Areal. Am gleichen Tag zogen die Geheimdienstler mit Hunden auf, griffen aber noch nicht die Menschenkette an (Boese, S. 10f.). Andererseits war man doch zum Widerstand bereit:

> *„Der Arbeiter Arpad Gazda und der Student Janos Istvan hatten sich mit anderen 20 Männern auf der anderen Straßenseite zurückgezogen und von der Apotheke aus die Szene beobachtet. Der kleine Trupp war zu allem entschlossen, sollte der Pastor entführt werden!“ (Bohn, S. 188).*

Pastor Tökés, seine Frau und einige Getreue, verbarrikadierten sich in der Kirche:

„Als der Pastor lange nach Mitternacht doch mit Gewalt weggeführt wurde, riß der friedvoll wachenden Menschenmenge die Geduld. Ihre Forderungen wurden immer lauter, ein nächtlicher Fackelzug setzte sich in Bewegung. Er wurde zur öffentlichen Demonstration. Und als Gewalt angewandt wurde, um die friedliche Kundgebung zu ersticken, entfesselte sich der Freiheitskampf. Es war die Geburtsstunde der *Revolution (Podlipny-Hehn, S. 11).*

Neben der Menschenansammlung an der „Maria“ bildete sich ein Demonstrationszug der *Studenten* aus dem Studentenviertel südlich des Begaflußes; sie trugen die Fahne der Revolution: Die rumänische Trikolore mit dem *herausgeschnittenen sozialistischen Wappen* (Bohn, S. 186). Über die Michelangelo-Brücke bewegte er sich dem Gebäude des Kreisparteikomitees zu, das im völligen Dunkel lag; die Milizionäre hatten sich darin verschanzt.

Etwas später tauchten mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummiknüppeln ausgerüstete Milizionäre auf; die revolutionären Massen wurden bis auf die Höhe der Hauptpost zurückgedrängt:

> *„Leute werden verhaftet, zu den Einsatzwagen geschleppt. Die Menschen flüchten in die Seitenstraßen, zerstreuen sich. Doch an diesem Abend sind die Temeswarer Bürger nicht von den Straßen wegzubekommen. Stundenlang noch, zum Teil in den frühen Morgen hinein, bewegen sich Kolonnen von Demonstranten durch die Stadt. Schaufenster werden eingeschlagen, Autos angezündet. Ceauşescu-Plakate werden von den Wänden gerissen und verbrannt“ (Boese, S. 14f.).*

Die Nachrichten und die Gerüchte dieser Ereignisse verbreiteten sich wie ein Lauffeuer im ganzen Land und gelangten über die verschiedensten Kanäle in die *ganze* Welt: Das Aufbegehren der Temeswarer wurde damit zu einem weltweiten Politikum.
Bild: Buchillustration: Boese, S. 15.

Literatur

Engelbrecht Boese: Der Aufstand von Temeswar, Pfinztal 1990;
Hans Bohn: Die Lazarusnacht von Temeswar. Chronik des Volksaustandes vom Dezember 1989 in von ihm 1993 erschienenem Buch Verlorene Heimat (Temeswarer Helicon-Verlag);
Annemarie Podlipny-Hehn: Wir waren Zeugen. Temeswar 1989/1990, München 1991;
Philip Zelikow/Condoleezza Rice: Sternstunden der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, 2. Aufl. 2001.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Leserbrief

Leserbrief vom 2. Dezember 2024

Zu den Umsiedlungsaktionen wäre noch anzumerken, dass sie durchaus nicht nur in deutschen Köpfen spukten. Mitte der 1920er Jahre schrieb der Staatssekretär und Theoretiker des Rassenantisemitismus in Italien, Giovanni Preziosi, an Mussolini, das einzig wirksame Mittel einer erfolgreichen Italianisierung Südtirols sei die Rückführung der Deutschen ins Reich. Nach faschistischer Anschauung war das angeblich ehemals italienische Land Südtirol erst im Laufe der Geschichte verdeutscht worden. Tatsächlich hatten der italienische Nationalist und Irredentist Ettore Tolomei und andere schon 1914/15 und 1918/19 Aussiedlungspläne für die Südtiroler ausgearbeitet. In seinem Italianisierungswahn forderte Tolomei 1936 sogar, die Südtiroler Bauernfamilien in das von Italien eroberte Äthiopien umzusiedeln.

Die Idee eines „Heim ins Reich“ war auch den Deutschen vertraut. Das Schlagwort wurde ab den 1920er Jahren vielfach verwendet. Sogar ein 1924 in Berlin gegründeter Verlag hieß „*Heim ins Reich-Verlag*“. Der Begriff wurde ebenfalls für die Bemühungen genutzt, ein Großdeutsches Reich zu bilden und dafür deutsche Siedler und Aussiedler wie die Deutsch-Balten zurück in die Grenzen des Reichs zu führen.

Konkret wurde dieses Vorhaben spätestens unter dem Einfluss des Hitler-Stalin-Paktes ab 1939. Die praktische Durchführung lag bei der Volksdeutschen Mittelstelle, einer SS-Unterorganisation. Die Volksdeutsche Mittelstelle siedelte bis 1940 fast eine Million Volks-deutsche vor allem in eroberten Gebieten an – so in den Reichsgauen Wartheland (also im Posener Bereich) und in Danzig-Westpreußen.

Doch woher kamen die Umsiedler? Die Umsiedlungen betrafen die Südtiroler, ferner die Baltendeutschen aus Estland und Lettland, ab 1940 die Bialystoker und die Narewdeutschen, die Wolhyniendeutschen und die aus dem Lubliner und Cholmer Land, Galiziendeutsche, Bukowinadeutsche, Bessarabiendeutsche, Dobrudschadeutsche und Gottscheer. »Wer zählt die Völker, nennt die Namen«, könnte man hier Schiller und die Kraniche des Ibycus zitieren . . .

Ich zitiere einen Aufruf aus der damaligen Zeit:

Nach dem Feldzug der 18 Tage
begann die bisher
großzügigste
Umsiedlungsaktion
der Weltgeschichte.
Alle Volksgruppen, die draußen
ihre Aufgaben erfüllt haben, rief
der Führer zurück in die Heimat
ihrer Väter. Sie helfen jetzt mit beim
Ausbau und der Festigung des Groß-
deutschen Reiches. In besonderem
Maße werden beim Aufbau des
Warthegaues ihre kolonisatorischen
Fähigkeiten wirksam werden.

Einige dieser Volksgruppen hatten – zum Teil jahrhundertelang – Gebiete in Ost- oder Südosteuropa bewohnt, die gemäß dem Hitler-Stalin-Pakt an die Sowjetunion fallen sollten. Die Umgesiedelten erhielten als Entschädigung enteignetes Land im vom Deutschen Reich besetzten Polen, im Protektorat Böhmen und Mähren oder in Gebieten der Untersteiermark, die als künftiger „Lebensraum im Osten“ für das deutsche Volk dienen sollten.

Bemerkenswert bei allen diesen Umsiedlungen ist, dass nach dem Willen der Betroffenen nicht gefragt wurde. Volksabstimmungen, wie sie die Deutschen und die Österreicher für die nach 1918 annektierten Gebiete gefordert hatten, spielten in den eigenen Überlegungen keine Rolle. Doch ebenso bemerkenswert ist, dass diese Umsiedlungsaktionen überhaupt stattfanden und erst durch den beginnenden Weltkrieg zum Erliegen kamen.

WK

Viktor Heinz

(10. Oktober 1937 – 11. Juni 2013)

Im Jahre 1992 siedelte der damals 55-jährige rußlanddeutsche Autor Viktor Heinz – ernüchtert vom Perestrojka-Traum einer neuen Autonomie der Rußlanddeutschen an der Wolga – in die Bundesrepublik Deutschland über. Im selben Jahr noch war seine Theatertrilogie *Auf den Wogen der Jahrhunderte*, *Menschen und Schicksale* und *Jahre der Hoffnung* über das mehr als 200 Jahre alte Schicksal der Rußlanddeutschen seit ihrer Ansiedlung durch Katharina die Große bis zur Vernichtung der Autonomen Republik der Wolgadeutschen 1941 durch Stalin im Deutschen Theater von Alma Ata, der Hauptstadt Kasachstans, aufgeführt worden. Wie einst die Besucher der Premiere von Schillers *Räubern*, die sich die weinend in die Arme fielen, reagierten auch die Besucher dieser Aufführung, als sie zum ersten Mal ihr schweres Schicksal von Heinz dichterisch gestaltet auf den Brettern sahen, die für sie nun im wahrsten Sinne des Wortes „die Welt bedeuteten“.

Dieser Ausnahmeleistung der osteuropäischen deutschsprachigen Dramatik – weder die Ungarn- noch die Rumäniendeutschen haben etwas diesem Ebenbürtiges, trotz einiger beachtlicher Versuche etwa des Banaters Hans Kehrer mit dem Drama V*ersunkene Äcker*, aufzuweisen – folgte nach fünf Jahren des Aufenthalts in der neuen Heimat Deutschland der Roman *In der Sackgasse*. Er ist Viktor Heinz’ bisher umfangreichste, am weitesten gespannte und ehrgeizigste Prosaarbeit. Mit der Gestalt des Willi Werner, gewissermaßen eines alter ego des Autors, versucht Heinz, eine Summe des Lebens in der alten Heimat zu ziehen. Dabei benutzt er für rußlanddeutsche Autoren noch wenig gebräuchliche Techniken, wie Rückblenden und innere Monologe. Sein Hauptheld liegt im Krankenhaus und sieht sich durch diesen Umstand veranlaßt, über seinen bisherigen Werdegang vor sich selbst Rechenschaft abzulegen.

Lesen Sie weiter: unter: https://kulturstiftung.org/biographien/heinz-viktor-2

Krefelder Appell der Friedensbewegung vom 14./15. November 1980

Der Atomtod bedroht uns alle
Keine Atomraketen in Europa

Unter diesem Motto stand das Krefelder Forum am 15./16. November 1980. Zu den Rednern des Forums gehörten: General a.D. Gert Bastian, Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Bechert, Prof. Dr. Gerhard Kade, Petra Kelly, D. Martin Niemöller, Klaus Thüsing MdB, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Peter Tümmers, Oberst a.D. Josef Weber sowie aus den Niederlanden Wim Albers, Abgeordneter des Europaparlaments, und General a.D. M. H. von Meyenfeldt.

Die 1000 Teilnehmer stimmten der folgenden Erklärung zu:

Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

- die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;
- im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

- eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt;
- Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung;
- die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

(Bitte einsenden an: Josef Weber c/o DFU, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln 60)

Ich schließe mich dem Appell an die Bundesregierung an,

- die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;
- im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

Name: .....

Anschrift: .....

Beruf / Funktion: .....

..... Datum ..... Unterschrift

HOH(L)SPIEGEL:

„Nach Ruh' sehnt sich die Menschenbrust vergeblich.“

Joseph von Eichendorff

HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Wenn Deutschlands Außengrenzen weiter ungeschützt bleiben, drohen unserem Land Verhältnisse wie in diesem Slum in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch.

Bildkopie: Beitrag: **Generation Merkel** von *Thomas Fasbender* (Cato Dez. 2024/Jan. 2025, S. 16ff.)

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
Martina Kempf

STELLV. SPRECHER :
Vadim Derksen
Albert Breininger

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw
IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de